

Antworten des SPD-Landtagsabgeordneten Daniel Born zu offenen Fragen aus der Podiumsdiskussion „Wassermanagement im Klimawandel“ vom 09.02.2021

Förderzuschüsse erhöhen - für welche Investitionen konkret?

Daniel Born: In der Anfrage der SPD- Landtagsfraktion an die Landesregierung wurde deutlich, dass eine Vielzahl an strukturellen Verbesserungen der Wasserversorgung, der Klimawandel und der demografische Wandel in den letzten Jahren zu einem erhöhten Fördermittelbedarf geführt haben. Im Jahr 2019 war der Bedarf doppelt so hoch, wie die durch das Umweltministerium bereit gestellte Geldsumme. Bei den geförderten Projekten handelt es sich vor allem um



Renaturierungsmaßnahmen, Wasserschutzgebiete und die Ausweitung von Gewässerrandstreifen zum Nähr- und Schadstoffrückhalt. Sanierungen am Versorgungssystem werden nicht gefördert, weil sie durch die Wasserkosten abgedeckt werden sollen, die der Verbraucher/die Verbraucherin

für das Wasser zahlt.

Um den längst überfälligen Schritt hin zu einer regional differenzierten, umweltfreundlichen Landnutzung zu gehen, muss die Regierung verantwortungsvoll die ökonomische Grundlage für diese Umstellung schaffen. Es braucht kostenlose Beratungsangebote für Landwirte und Landwirt*innen und Investitionen in die Forschung. Neue Erkenntnisse gilt es, konsequent im Rahmen von Aus- und Weiterbildung an die Landwirtschaft zu vermitteln. Außerdem sollte im Wohnungsbau das Prinzip der Schwammstadt, dass Hitze- und Überschwemmungsschutz zusammen denkt, unterstützt werden. Gelder einsparen lassen sich dagegen durch eine bessere kommunale sowie intersektorale Zusammenarbeit im Bereich des Wassermanagements. Die effektive, fachkundige Zusammenarbeit kann Personalengpässen in der Wasserverwaltung, Umsetzungsdefiziten und langen Verfahrensdauern in Bezug auf Gewässerschutz und Wasserrechtsverfahren entgegenwirken und stattdessen zur kostengünstigen Erfüllung wasserwirtschaftlicher Aufgaben beitragen.

Gibt es Ansätze, nachhaltiges Regenwassermanagement im Bestand zu fördern?

Daniel Born: Auch in bereits bestehenden Wohn- und Industriegebieten, kann das Konzept der „Sponge-City“ Anwendung finden, indem Regenwasser von Dachflächen über offene Rinnen in begrünte Mulden oder Gartenflächen geführt wird, statt in Rohrleitungen direkt abgeleitet. Außerdem kann bei Erneuerungs- und Umgestaltungsmaßnahmen darauf geachtet werden, bei befestigten Oberflächen wie Schulhof, Parkplatz und allgemein dem Straßenraum einen wasserdurchlässigen Belag zu wählen und Bäumen mehr Wurzelraum zuzusprechen. Bei neuen Planungsgebieten muss ganz besonders auf einen ganzheitlichen, zukunftsfähigen Ansatz gesetzt werden. Leider passen die teilweise über 25 Jahre alten, aber immer noch geltenden Bebauungspläne nicht immer zu den aktuellen und künftigen Anforderungen an den Städtebau.

Wie stellt sich die Politik zum engmaschigen Kiesabbau in BW? Wie kann es sein, dass Kiesabbau weiter gefördert wird, wenn der GW-Spiegel fällt?

Daniel Born: Kies ist der wichtigste heimische Baurohstoff und wird zum Bauen von Straßen, Brücken und Häusern, in den allermeisten Fällen als ein Bestandteil von Beton, der zu etwa 60 Prozent aus Kies besteht, verwendet. Daher ist der Abbau von Kies aus heutiger Sicht noch notwendig, aber es muss dringend ein Umdenken zur Einsparung von Primärrohstoffen geben. Dies kann zum einen durch die Verwendung alternativer Rohstoffe bzw. Fertigungsmethoden und andererseits durch effektives Recycling erfolgen: In Laborversuchen des Fraunhofer Instituts für Bauphysik in Valley nahe München konnte die Gewinnung von Kies aus 100% Altbeton bereits durchgeführt werden. Solche fortschrittlichen Forschungsprojekte gilt es zu unterstützen. Doch ganz ohne Kiesabbau wird es auch in Zukunft nicht gehen. Aufgrund der großen Eingriffe in die Umwelt und das Gefährdungspotenzial von Kiesabbau für das Grundwasser, müssen wir uns aber sehr gut überlegen, wo wir bestehende Gruben ausweiten oder gar neue Abbaustätten schaffen. Darum war es bspw. ein großer Fehler der grün-geführten Landesregierung den Staatswald „Entenpfuhl“ auf Schwetzingen Gemarkung überhaupt für den Kiesabbau vorzusehen und einen entsprechenden Vertrag mit dem rohstoffgewinnenden Unternehmen abzuschließen. Die spätere administrative Prüfung kann die politische Zielvorgabe nicht ersetzen, die hier hätte greifen müssen. Auch ob der Export von baden-württembergischem Kies in die Nachbarländer Schweiz und Österreich weitergeführt werden sollte, ist fragwürdig. Die notwendigen Umweltprüfungen und die zunehmende Beteiligung der Bürgerschaft vor Ort sehe ich als richtig an. Durch die wachsende Flächenkonkurrenz zwischen oberflächennaher Rohstoffgewinnung, dem Wohnungsbau, der Industrie, der Landwirtschaft und dem Naturschutz sowie der verständliche Wunsch den erforderlichen Kiesabbau nicht vor der eigenen Haustür durchzuführen, wird die Lage nicht nur in Baden-Württemberg immer ernster. Gleichzeitig wird eine kontinuierlich steigende Nachfrage des Rohstoffs im Verkehrs- und Bausektor verzeichnet.

Ließe sich die Wärme im Grundwasser nicht über oberflächennahe Geothermie zumindest zum Teil wieder entnehmen?

Daniel Born: Abhängig von den lokalen Gegebenheiten können Solarthermie, Umweltwärme und Geothermie einen wichtigen Beitrag zur Energie- und insbesondere der Wärmewende leisten. Vor allem das Potenzial der Tiefengeothermie, die unabhängig von Tages- oder Jahreszeit verfügbar ist, wird vom Umweltministerium Baden-Württemberg für die Region Oberrhein als besonders hoch bewertet. Bei der oberflächennahen Geothermie (bis zu 400m Tiefe) kann auch das Grundwasser als Wärmequelle dienen. Hierfür werden zwei Brunnen von rund 20 Metern Tiefe benötigt. Brunnensysteme erfordern Pflege und häufig Filtereinrichtungen, um Fremdstoffeintrag ins Wasser zu vermeiden, weshalb die Errichtung von Grundwasserwärmepumpen erst ab einer Mindestgröße von ca. 35 kW Wärmebedarf wirtschaftlich sinnvoll ist, erklärt der Bundesverband Geothermie. Wenn im Sommer die Raumtemperaturen steigen und das Grundwasser seinerseits besonders überhitzungsgefährdet ist, werden Sole/Wasser- und Wasser/Wasser-Wärmepumpen auch zum "natural cooling" genutzt, wobei die Wärme aus dem Gebäude dem Grundwasser zugeführt wird und es zusätzlich belastet. Die Position der SPD zur Nutzung von Geothermie ist sehr klar: In diesen wie auch in anderen Fragen der Technologie-Entwicklung und –Anwendung müssen die Sicherheit und Gesunderhaltung der Bevölkerung sowie der Schutz und Erhalt unserer Umwelt oberste Priorität haben. Daher stellt sich auch die Frage, wie das Risiko eines unverschuldeten Verlusts von Immobilienvermögen für mittelbar betroffene Anliegerinnen und Anlieger einer Geothermie-Anlage eliminiert werden kann. Als Jurist favorisiere ich eine Beweislastumkehr, was bedeutet, dass bei auftretenden Schäden an Bestandsimmobilien im Umfeld einer Geothermie-Anlage der Betreiber der Anlage durch einen Bausachverständigen nachweisen muss, dass die Beschädigungen nichts mit der Geothermie-Anlage zu tun haben. Kann er diesen Nachweis nicht führen, ist er automatisch zum Schadenersatz verpflichtet. Ob sich eine solche Sichtweise, die natürlich auch wirtschaftliche Konsequenzen für Betreiber und Genehmigungsbehörden hätte, durchsetzen lässt, müssen wir

abwarten. Ich persönlich würde mich für eine solche Position gerne einsetzen, da sie für mich einen potenziell fairen Weg zu einem ergebnisorientierten Interessenausgleich darstellt.

Hockenheim, 25.02.2021